

Hauptstätterstr 57, 70182 Stuttgart

Tel: 0711 - 55 32 83-4,

Fax 0711 - 55 32 83-5

E-Mail info@fluechtlingsrat-bw.de

Web www.fluechtlingsrat-bw.de

E-Mail-Newsletter

Nr. 183, 6. Februar 2014

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Seit 1. Januar 2014 gilt das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz für Baden-Württemberg. Nach über zweijähriger Diskussion und Vorarbeit hat Baden-Württemberg endlich ein Gesetz, das „vom Grundsatz eines menschenwürdigen Umgangs mit Flüchtlingen“ (§1) getragen ist. Ob und wie der Geist und der Inhalt dieses Gesetzes in der Praxis verwirklicht werden, wird die kommende Zeit zeigen. Zu wünschen ist, dass die qualitativen Verbesserungen, die das Gesetz bietet, auch in Zeiten gestiegener Zugangszahlen angestrebt und umgesetzt werden.

Zu begrüßen ist auch, dass die Landesregierung Ende Dezember ein zweites Programm zur Aufnahme von weiteren 500 syrischen Flüchtlingen beschloss. Die Hürden für die in Deutschland lebenden Verwandten (Übernahme sämtlicher Kosten inkl. Krankenversicherung), sind auch in diesem Programm nicht verändert worden und können von vielen Antragstellern nicht erfüllt werden (siehe Meldung).

In eigener Sache: Die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats ist umgezogen.

Unsere neue Adresse lautet: Hauptstätter Str. 57, 70178 Stuttgart. Die sonstigen Kontaktdaten sind unverändert.

Wenn Sie möchten, dass in diesem Newsletter auch Informationen oder Berichte aus dem Bereich Ihrer Aktivitäten veröffentlicht werden, dann schicken Sie bitte eine entsprechende E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de

In diesem Sinne mit besten Grüßen

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues aus Baden-Württemberg / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Landtag beschloss neues Flüchtlingsaufnahmegesetz für Baden-Württemberg

Am 19. Dezember 2013 verabschiedete der Landtag von Baden-Württemberg die Neufassung des "[Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften](#)" (Landtagsdrucksache 15/4352) mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und SPD, bei Enthaltung der CDU und Nein-Stimmen der FDP. Das Gesetz ist seit 1.1.2014 rechtskräftig. Die wesentlichen Inhalte bzw. Verbesserungen sind: [Weiterlesen ...](#) (dort auch weitere Dokumente wie Gesetzesbegründung und Durchführungsverordnung)

Beispiel Rhein-Neckar-Kreis: Eröffnung von drei großen Containerunterkünften

Mit der Barackenunterkunft in Sinsheim für bis zu 450 Flüchtlinge betreibt der Rhein-Neckar-Kreis eine der unwürdigsten Asylunterkünfte in ganz Baden-Württemberg. Durch die Zunahme der Asylantragszahlen - der Rhein-Neckar-Kreis ist der bevölkerungsreichste Landkreis in Baden-Württemberg - sah man sich gezwungen, weitere Unterbringungskapazitäten zu schaffen. Dies erfolgt offenbar nicht im Geist des neuen Flüchtlingsaufnahmegesetzes: In Schwetzingen wurde Anfang Januar auf dem Parkplatz einer ehemaligen US-Kaserne eine Container-Unterkunft für 250 Personen eröffnet, die angesichts der Lage und der Beschaffenheit einer humanen Unterbringung Hohn spricht. In Weinheim soll noch in diesem Frühjahr am Rand eines Industriegebiets eine Containerunterkunft für 200 Personen gebaut werden. In Wiesloch soll bis Anfang 2015 eine weitere Großunterkunft für 250 Personen entstehen. Einige neu gegründete Asyl-Arbeitskreise und Bürgerinitiativen protestieren gegen die Art und Weise der Unterbringung und

fordern dezentralere und kleinere Unterkünfte. Der Arbeitskreis Asyl Ladenburg kritisiert die Zustände in der neu eröffneten Containerunterkunft in Schwetzingen als "unhaltbar." [Mehr Informationen und Pressedoku](#)

Baden-Württemberg nimmt weitere 500 syrische Flüchtlinge auf

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat Baden-Württemberg sein landesweites Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge im August 2013 auf 500 Personen begrenzt. Nachdem Ende 2013 Aufnahmezusagen für 500 Personen erteilt waren (tatsächlich eingereist sind zum Stand 31.1.2014 133 Personen), hat das Innenministerium beschlossen, ein zweites 500er-Kontingent zuzulassen. In einer [Presseerklärung vom 31.1.](#) sagte Innenminister Gall (SPD): „Wir möchten dem Anliegen einer großen Zahl hier lebender Syrer gerecht werden und den Weg offen halten, engen Angehörigen einen Weg aus der Notlage zu eröffnen“. Nach wie vor müssen die in Deutschland lebenden Verwandten im Rahmen dieses Aufnahmeprogramms für die 2-jährige Zeit der Aufnahme für sämtliche Kosten aufkommen (Reise, Wohnraum, Lebensunterhalt, Krankenversicherung) und bei der Ausländerbehörde eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterzeichnen.

Asylbewerberzahlen in Baden-Württemberg um 6000 gestiegen

Integrationsministerium legt Jahresbilanz 2013 vor - auch zusätzliche Aufnahmestelle geplant

Nach Informationen aus dem Ministerium für Integration hat Baden-Württemberg im Jahr 2013 insgesamt 13.853 Asylsuchende (Erstantragsteller) aufgenommen. Gegenüber dem Vorjahr (7.913 Personen) bedeutet dies eine Steigerung um 5.940 Personen (75 Prozent). Zugleich sei dies im Südwesten der höchste Jahreszugang seit dem Jahr 1993. Mit 1.878 Personen kamen die meisten Asylbewerber aus Serbien, danach folgten Mazedonien (1.466 Personen) und Syrien (1.312 Personen), gefolgt von Pakistan (1.042 Personen) und der Russischen Föderation (911 Personen). Weitere Informationen: [Ministerium für Integration BW](#)

Härtefallkommission beklagt Anstieg der Anträge

Zahl der abgelehnten Härtefallanträge steigt ebenfalls

Wie die dpa und verschiedene Zeitungen berichten, sind die Härtefallgesuche bei der Härtefallkommission von Baden-Württemberg im Jahr 2013 auf 150 angestiegen, ca. 50% mehr als im Vorjahr. Der Kommissions-Vorsitzende Dr. Edgar Wais beklagt laut diesen Medienberichten, dass eine steigende Zahl an Anträgen abgelehnt werden müsse, weil von den Betroffenen aufgrund von Arbeitsverboten zu wenig Integrationsleistungen erbracht werden konnten: *"Es ist doch ein Widerspruch, motivierte und ausgebildete Menschen wieder zurückzuschicken, wo wir hängierend nach qualifizierten Arbeitskräften suchen"*, so Wais. [Weiterlesen ...](#)

"Winterabschiebestopp" in Baden-Württemberg: Humanität hat Vorrang?

Deutlich strengere Kriterien als in anderen rotgrün regierten Bundesländern

Bereits bei der Innenministerkonferenz am 6. Dezember haben die Bundesländer Schleswig-Holstein, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz erklärt, auch in diesem Winter keine Abschiebungen in den Balkanraum durchzuführen. Das Innenministerium von Baden-Württemberg hat kurz darauf eine Regelung getroffen, die hinter der letztjährigen deutlich zurückbleibt, indem sie nach dem 1.9.2013 eingereiste Asylsuchende und Folgeantragsteller/innen von einer Aussetzung der Abschiebung über den Winter ausschließt. Begründet wurde dies mit dem allgemeinen Anstieg der Zugangszahlen und der Belastung der Landeserstaufnahmestelle und der Kommunen. Der "Winterabschiebestopp" im Detail: [Weiterlesen ...](#)

- **05.02.2014** www.juergen-weber.eu: „Wie jetzt erst bekannt wurde kam es in der Nacht von Sonntag auf Montag, 3. Februar 2014, zu einer Abschiebung eines jungen Roma-Paares aus Mazedonien. Die Polizei überraschte das kinderlose Paar, mitte 20, im Flüchtlingslager in der Konstanzer Steinstraße im Schlaf. Die Beamten gaben ihnen eine Frist von zehn Minuten zum Packen ihrer Habe.“

Auch im Kreis Emmendingen gab es Ende Januar und Anfang Februar mehrere Abschiebungen nach Südosteuropa, auch von Familien.

In aller Kürze:

- 09.12.2013 Schwarzwälder Bote: „[Hechingen: Arbeitskreis Asyl erhält Preis](#)“

11.12.2013 Schwarzwälder Bote: „[Donaueschingen: Wirkstatt betreut Asylbewerber](#)“

- 13.12.2013 Südwest Presse, Schwäbisches Tagblatt Tübingen: „[Asyl im Wohncontainer. Landkreis will Platz für 60 Flüchtlinge hinterm Landratsamt schaffen](#)“

- 13.12.2013 Südwest Presse, Schwäbisches Tagblatt Tübingen: „[Katrin Sältzer ist als neue Reutlinger Asylpfarrerin Anlaufstation für Flüchtlinge](#)“

- 15.12.2013 Stuttgarter Zeitung: „[Aufnahmestelle - Das Portal für Asylbewerber](#)“ Bericht über die Situation in der Landeserstaufnahmeeinrichtung und was sich dort ändern soll.

- 19.12.2013 Stuttgarter Zeitung: „[Flüchtlinge in Stuttgart: Neue Standorte für Flüchtlingsunterkünfte](#)“
- 24.01.2014 Ministerium für Integration: „[Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Integrationsministerin Bilkay Öney und Landrat Roland Bernhard besuchen Flüchtlingsunterkunft in Böblingen](#)“
- 24.01.2014, Südkurier: „[Konstanz. Guthabekonto: Geldkarte für Asylbewerber. Die Ankündigung, dass Flüchtlinge im Landkreis künftig Geld statt Einkaufsgutscheine erhalten, hat positive Reaktionen ausgelöst. Die Kreisverwaltung ist sicher, mit der Umstellung auch Verwaltungskosten.](#)“
- 24.01.2014 Stuttgarter Nachrichten: „[Zahl der straffälligen Asylbewerber steigt deutlich](#)“
- 29.01.2014 Südwest Presse, Schwäbisches Tagblatt Tübingen: „[Vielfalt tut dem Land gut. Ministerialdirektor Hammann setzt sich für eine humane Flüchtlingspolitik ein](#)“

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

Deutschland nimmt zweites Kontingent syrischer Flüchtlinge auf

Am 23. Dezember 2013 hat das Bundesministerium des Innern eine zweite Aufnahmeordnung erlassen, nach der weitere 5.000 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge nach § 23 Abs. 2, Abs. 3 i.V.m. 24 AufenthG in Deutschland aufgenommen werden. Informationen zu den Aufnahmekriterien: [Weiterlesen ...](#)

- [BMI-Aufnahmeordnung Syrien vom 23.12.2013](#)

Vorgriffsregelungen zum Bleiberecht

Die von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellte neue stichtagsfreie Bleiberechtsregelung (§25b AufenthG) eröffnet vielen Geduldeten die Chance auf eine Aufenthaltserlaubnis und eine menschenwürdige Perspektive. Allein in Baden-Württemberg gibt es über 10.000 Geduldete, davon über 4.000, die bereits seit über 6 Jahren in diesem unwürdigen (Nicht-)Status leben müssen. Schleswig-Holstein, NRW und Niedersachsen haben Anfang Januar als erste Bundesländer mit Blick auf den Koalitionsvertrag des Bundes erwartete gesetzliche Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete Vorgriffserlasse formuliert, am 5.2. auch das schwarz-grün regierte Hessen. Ob es einen solchen Erlass auch in Baden-Württemberg geben wird, ist bisher nicht bekannt. Grundlage für den geplanten § 25b AufenthG ist der Bundesratsbeschluss vom 28. August 2012 ([BR-Drucksache 505/12](#))

Zahl der Asylsuchenden in Deutschland auf höchstem Stand seit 14 Jahren

Im Jahr 2013 stellten in Deutschland 127.023 Personen einen Asylantrag, davon 109.580 einen Erstantrag und 17.743 einen Folgeantrag. Dies ist laut Asylgeschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ein Anstieg um 69,8% im Vergleich zu 2012. Die Gesamt"schutzquote" (Asylanerkennungen, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz) lag 2013 bei 24,9% (2012: 27,7%). [Weiterlesen ...](#)

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: [Asylgeschäftsstatistik 12/2013](#)

- 10.01.2014 Bundesministerium des Inneren: "[Zahl der Asylbewerber in 2013 erneut gestiegen. Mit 127.023 gestellten Asylanträgen wird der höchste Stand seit 14 Jahren erreicht.](#)"

- 10.01.2014 PRO ASYL: "[PRO ASYL zur Asylstatistik 2013: Kritik an den Halbwahrheiten des Bundesinnenministers. Die Veröffentlichung der Asylstatistik 2013 hat der Bundesinnenminister zum Anlass für Zahleninterpretationen genommen, die ungenau und inakzeptabel sind.](#)"

Nein zum Rassismus in Europa!

Aufruf von PRO ASYL und Interkulturellem Rat

In einem gemeinsamen Aufruf warnen PRO ASYL und der Interkulturelle Rat in Deutschland vor der Gefahr einer rechtspopulistischen Wende in Europa. Den Aufruf "Nein zum Rassismus in Europa" können Sie [online unterzeichnen](#) oder [hier herunterladen](#) und auf der beigefügten Unterschriftenliste unterzeichnen. Hier der Aufruf im Wortlaut: "Als Unterzeichnende sagen wir Nein zu Rechtspopulismus, Kulturrassismus und Rechtsextremismus in Europa. Wir sind wachsam und wollen den Anfängen wehren. Die Menschenrechte sind die Grundlage unserer Gesellschaft. Die Europawahlen dürfen nicht den Feinden der Menschenrechte überlassen werden."

Die Unterschriften sollen dem Präsidium des Europäischen Parlaments übergeben werden. Bitte helfen Sie, den Aufruf zu verbreiten! [Aufruf \(inkl. Unterschriftenliste\) zum Download](#)

In aller Kürze / Infos und Materialien:

- 05.12.2013 Presseerklärung PRO ASYL: „[Nach Lampedusa: EU-Kommission recycelt flüchtlingsfeindliche Vorschläge](#)“. Das beim EU-Innenministertreffen vorgeschlagene Maßnahmenpaket sieht vor allem vor, die Abwehr von Flüchtlingen an Transitstaaten zu delegieren. Die Vorschläge werden das Sterben von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen nicht

beenden – im Gegenteil.“

-- 24.12.2013 Stuttgarter Nachrichten: „*Weihnachtsansprache: Gauck fordert mehr Offenheit für Flüchtlinge*“

- 22.01.2014 PRO ASYL: "[Tod im Schlepptau der griechischen Küstenwache. Zwölf Flüchtlinge sterben während mutmaßlicher Push-Back-Operation. PRO ASYL fordert internationale Untersuchung.](#)"

- 05.02.2014 [Aktueller Newsletter](#) des Bundesverbands Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Do, 6.2.2014, 18.00 Uhr, Stuttgart, Volkshochschule, Treffpunkt Rotebühlplatz

[Podiumsdiskussion "Willkommen in Baden-Württemberg! - Neue Wege beim Umgang mit Flüchtlingen"](#)

Veranstalter: Volkshochschule Stuttgart in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

www.vhs-stuttgart.de

Do, 20.2.2014, 09.30 - 13.30 Uhr, Sport- und Dienstleistungszentrum, Fritz-Walter-Weg 19, 70372 Stuttgart

Fachtag „Haben Roma eine europäische Perspektive?“

Veranstalter: Der Paritätische Baden-Württemberg. [Mehr Informationen](#)

Di, 25. Februar 2013, 9.00 bis 16.00 Uhr, Jugendherberge Stuttgart, Haußmannstr. 27

Fachtag zur gesundheitlichen Situation von Flüchtlingen

Fachtag: SANO - "Verbesserung der gesundheitlichen Situation von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen"

Veranstalter: AGDW Stuttgart. Informationen und Programm siehe www.agdw.de

15. März 2014, 9.30 - 17.00 Uhr, Stuttgart, Gemeindehaus Martinskirche, Nordbahnhofstr. 58

Tagung und Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Sa, 15. März 2014 in Freiburg

Demonstration für ein humanitäres Bleiberecht!

Unter dem Motto "Stoppt die Abschiebungen! Niemand flieht ohne Grund!" mobilisiert die [Aktion Bleiberecht Freiburg](#) zu einer Demonstration. Aktuell werden noch Unterstützer für den [Aufruf](#) gesucht.

Fachqualifizierung für Engagierte im März & April 2014 in Heidenheim. Beginn: 16.3.14

[Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg](#)

Die modulare Fortbildungsreihe im Rahmen des Projekts BIQ bietet ein fundiertes Basis-Wissen über das Flüchtlingsrecht und vermittelt die wichtigsten praktischen Handlungskompetenzen für die Beratung und Begleitung von Flüchtlingen. Die Fortbildungsreihe umfasst neun modulare Einheiten mit einer Dauer von jeweils vier Stunden sowie eine begleitende bzw. abschließende Praxisphase in einer der am Projekt beteiligten Beratungsstellen. Sie richtet sich an Menschen, die sich freiwillig in der solidarischen Flüchtlingsarbeit engagieren und ist auch für Anfänger/-innen geeignet. [Weiterlesen ...](#)

19. - 21. März 2014, Katholische Akademie Berlin

X. Jahrestagung Illegalität "Irreguläre Migration im Wandel

Veranstalter: Katholisches Forum Leben in der Illegalität / Rat für Migration / Katholische Akademie in Berlin

Zu [Programm und Anmeldung](#)

Internationale Wochen gegen Rassismus 2014

Gemeinsam mit mehr als 70 bundesweiten Organisationen und Einrichtungen fordert der Interkulturelle Rat in Deutschland dazu auf, sich an den Aktionswochen zu beteiligen und Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Auf der Homepage können Sie sich über Hintergründe der Aktionswochen informieren, Informations- und Mobilisierungsmaterialien bestellen, sich in einem Veranstaltungskalender über Aktivitäten während der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014 informieren und eigene Veranstaltungen und Initiativen bekannt machen. Link zur Homepage der [Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014](#)

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart
Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5
E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de
Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

Redaktion: Andreas Linder, Dr. Manfred Budzinski, Ulrike Duchrow

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter "Informationen / E-Mail-News"

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration) im Rahmen des Projekts BIQ (Beratung-Information-Qualifizierung): www.biq.fluechtlingsrat-bw.de